

Notizen

Die für diesen Juni in Rom vorgesehene Vollversammlung der katholisch-orthodoxen Dialogkommission wurde auf Wunsch der orthodoxen Seite kurzfristig abgesagt und auf das kommende Jahr verschoben. Die letzte Vollversammlung hatte im Juni 1993 im Libanon stattgefunden. Damals hatten die Bischöfe und Theologen der beiden Kirchen ein Dokument zur umstrittenen Frage der katholischen Ostkirchen bzw. des „Uniatismus“ verabschiedet. Die Absage der jetzigen Vollversammlung wurde von den Orthodoxen mit dem Hinweis auf die Spannungen zwischen dem Ökumenischen Patriarchat und dem Moskauer Patriarchat begründet (vgl. HK, April 1996, 176 ff.), die derzeit alle Kräfte beanspruchten. Daß der offizielle theologische Dialog zwischen katholischer Kirche und Orthodoxie fortgeführt wird, steht auf beiden Seiten außer Zweifel.

Den für eine straffreie Abtreibung notwendigen Beratungsschein „Tötungszulassung“ zu nennen, bezeichnete der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Karl Lehmann, in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ (13.7.96) als „demagogisch“. Es handele sich „nur um den Nachweis, daß eine Beratung zum Leben stattgefunden“ habe. Der Schein legitimiere „eben nicht sofort und gleichsam automatisch zu einer Abtreibung“. Die Entscheidung, ob die kirchlichen Beratungsstellen weiterhin im staatlichen System verbleiben, falle wahrscheinlich nicht bereits in der Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz, sondern erst im Frühjahr nächsten Jahres. Wer über ein „Aussteigen“ der Kirche nachdenke, müsse sich fragen: „Wer und was legitimiert mich ethisch, das Beratungssystem zu verlassen und so und soviel Kinder... einfach dem Tod preiszugeben?“.

Befragt nach seiner Bilanz der vergangenen fünf Jahre, seit der Rückkehr der ostdeutschen Landeskirchen in die EKD antwortete der EKD-Ratsvorsitzende Klaus Engelhardt gegenüber epd: Wie das Zusammenleben im Rat und in der EKD zeige, seien die EKD-Gliedkirchen in Ost und West unterschiedslos von den gleichen Fragen bedrängt, Konflikte verliefen nicht an der alten deutsch-deutschen Grenze. Bezüglich der im Bereich von Kirche und Gesellschaft, Kirche und Staat etwa bei Militärseelsorge oder Religionsunterricht entstehenden Differenzen müsse man die

Ungleichzeitigkeiten zwischen Ost und West in den unterschiedlichen Biographien gelten lassen.

Heftige Kritik an der Orientierungshilfe der EKD zum Thema Homosexualität und Kirche (vgl. HK, April 1996, 170 ff.) haben 21 konservative Verbände und Gruppen Anfang Juli in einer Erklärung geübt, die von der Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“, dem „Evangelischen Aufbruch Mittelrhein“ und dem „Gemeindehilfsbund“ herausgegeben wurde. Zu den Unterzeichnern gehören die „Bekennende Gemeinschaft innerhalb der Nordelbischen Kirche“, die „Evangelische Sammlung“ in Württemberg und im Rheinland, der „Lutherische Konvent im Rheinland“ sowie die Leitung der „Liebenzeller Mission“. Unter anderem werfen sie der EKD „Verrat am Evangelium“ vor. Erstmals in der Geschichte der EKD würden repräsentative Gruppen gemeinsam ihre Stimme gegen einen EKD-Kurs der Aufgabe biblischer Maßstäbe erheben – so die Selbsteinschätzung der Kritiker.

Die Einnahmen reichen nicht mehr „Daus, um die laufenden Aktivitäten des ÖRK zu finanzieren“, warnte der Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen, Konrad Raiser, in einem außerplanmäßigen persönlichen Brief an die 330 ÖRK-Mitgliedskirchen anlässlich der Versendung des Mitte Juli veröffentlichten Finanzberichtes 1995. Ausdrücklich wollte Raiser damit auf die überaus ernste Finanzkrise des ÖRK hinweisen und um direkte Hilfe bitten. Trotz strenger Ausgabenkontrolle und Einsparungen werde der ÖRK die verfügbaren Mittel und Reserven Ende 1996 aufgebraucht haben. Um für 1997 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, seien „drastische Maßnahmen“ erforderlich, unter anderem eine weitere Reduzierung des Personals in der Genfer Zentrale. Bereits 1991/92 hatte es eine Verringerung des Personalbestandes um 20 Prozent gegeben. Nur 156 Mitgliedskirchen hätten überhaupt Mitgliedsbeiträge gezahlt.

Die seit Jahren andauernden Spannungen innerhalb der orthodoxen Kirche Bulgariens haben einen neuen Höhepunkt erreicht. Anfang Juli wählte eine von einer alternativen Synode einberufene „Kirchenvolksversammlung“ Metropolit Pimen von Newrokop zum Gegen-Patriarchen. Im Früh-

jahr 1992 hatten Pimen und zwei weitere Metropoliten Patriarch Maxim vorgehalten, er sei wegen seiner Kooperation mit dem früheren kommunistischen Regime illegal im Amt und ihn für abgesetzt erklärt. Daraufhin hatte Maxim die drei Rebellen abgesetzt, worauf diese ihrerseits eine eigene Synode bildeten. Die bulgarische Regierung hat inzwischen die durch die Wahl eines Gegen-Patriarchen verursachte Spaltung der orthodoxen Kirche des Landes scharf verurteilt und sich hinter Patriarch Maxim gestellt.

Die Verletzung elementarer Menschenrechte in Indonesien beklagte in einer Anfang Juli veröffentlichten Erklärung der Deutsche Katholische Missionsrat, dem alle für die Weltkirche arbeitenden Einrichtungen der katholischen Kirche, darunter die Missionsorden und die Hilfswerke, angehören. In Indonesien und besonders in der annektierten ehemaligen portugiesischen Kolonie Osttimor herrschten ein erschreckendes Ausmaß politischer Unfreiheit sowie Willkür von Polizei und Sicherheitskräften. Der DKMR forderte die Bundesregierung auf, die intensiven wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Indonesien und die daraus resultierende Verantwortung zu nutzen, alle Rüstungsexporte nach Indonesien zu stoppen und auf die Einhaltung der Menschenrechte zu drängen.

Der nationale Kirchenrat in den Ver-einigten Staaten, dem 33 protestantische und orthodoxe Gemeinschaften mit insgesamt rund 52 Millionen Mitgliedern angehören, geht davon aus, daß es sich bei der Serie von Kirchenbränden sogenannter „black churches“ nicht um „isolierte Einzelfälle“ handelt, sondern um „Elemente einer Struktur bestehend aus kriminellem Haß“, über die von den Medien nicht ausreichend berichtet worden sei und die von den staatlichen Sicherheitskräften in ihrem wahren Ausmaß nicht genügend erforscht würden. In einem Bericht vor einem Ausschuß des Repräsentantenhauses (vgl. Origins 6.6.96, S. 38 ff.) wird bedauert, daß das Land die Zerstörung von Kultstätten auf Grund von Rassismus „ruhig und oft ohne davon Kenntnis genommen zu haben“, akzeptiere.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe ist eine Eigenwerbung (Verlegerbeilage) und einem Teil der Auflage eine Beilage des Peter Kindt Verlages, München, beigelegt.